Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Aufgr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 88. | Mittwoch den 17. April 1929. | 87. Jahrgang.

Amerikanisch-Deutsch.

Deutsch-Amerikaner, für Manchen unter uns hat dies Wort vom Krieg her einen bitteren Nachgeschmack in der Empfindung, daß der „Bindestrich" doch zu sehr nach dem zweiten und zu wenig nach dem ersten Wort hinzog. Daß die Deutschamerikaner das Eintreten der Vereinigten Staaten in den Krieg gegen uns nicht verhindern konnten, ist heute jedem Einsichtigen klar; weniger aber das andere, wie sie sich mühen, die gegen ihren Willen verursachten Schäden zu mildern. Vor allem und zunächst durch die Macht der Presse. Es ist m. E. in Deutschland viel zu wenig bekannt, in welch mutiger und zugleich köstlich satirischer Weise unsere Landsleute drüben für uns eintreten, wie herzerfrischend ihr Amerikanisch-Deutsch ist. Darf ich ein paar Proben geben aus dem Leitartikel (Nr. vom 16. Februar 1929) der „Chicagoer Bürger-Zeitung". Schon die Ueberschriften: Hänsel und Gretel gehen wieder einmal nach dem Knusperhäuschen". „Der Deutschenfreund Coolidge will jedes Jahr ein Schlachtfest", „Morgan und Young nehmen das deutsche Hänsel in wohlwollende Behandlung". Und entsprechend der Inhalt: „Um einer liebgewordenen Gewohnheit treu zu bleiben, haben die Schächer Deutschlands sich wieder einmal um den grünen Tisch gesetzt und stecken die Köpfe zusammen, auf wieviel Jahre hinaus sie dem deutschen Michel die Sorge um die Leerung seiner Taschen abzunehmen vermögen. Vor allem werden die Herren Sachverständigen vom Shylokkaliber die Kapitalisierung der Reparationsschuld beraten, damit Deutschland sich von seinen Peinigern loskaufen und seinen Heimatboden einschließlich der Rheinlande von Kommissionen, Aufsichtsorganen, Spitzeln, Bütteln und ähnlichen Schmarotzern der Alliierten desinfizieren kann. Ueber die Aussichten kann man nicht prophezeien trotz des übertrieben optimistischen Berichtes des Finanzbüttel Gilbert und gewisse Auslassungen Coolidges, der erklärte zu verschiedenen Malen, über die Leistungsfähigkeit Deutschlands bestehe kein Zweifel, es kann sich nur darum handeln, wie lange Deutschland zu Ader gelassen wird. Es ist für Herrn Coolidge reichlich spät, in der zwölften Stunde seiner Präsidentenlaufbahn noch staatsmännische Qualitäten in sich entdecken zu wollen. Aber er hat mit seiner plötzlichen Redseligkeit nach einer langen Periode der Zurückhaltung wenigstens das eine erreicht, daß wir wissen: am 4. März einen verkappten und verbissenen Deutschenfeind aus dem Amte scheiden zu sehen. —

Amerika ist heute in einer andern Lage als vor 10 Jahren, als es Deutschland den Alliierten zum Abklauben bis auf die Gräten überließ. Heute hat Amerika Deutschland stattliche Summen geliehen, auf deren Sicherheit es natürlich nicht minder bedacht sein muß, als Wilson es hinsichtlich der Summen war, die das Haus Pierpont Morgan an den englischen und französischen Granatenkontrakten verdiente. Die Herren Pierpont Morgan und Owen Young werden in der Reparationskommission die entscheidende Stimme haben, weil auf finanziellem Gebiet heute die ganze Welt Amerika aus der Hand frißt; sie werden keinen Augenblick vergessen, daß eine Ueberlastung Deutschlands auch amerikanische Interessen schädigt. Der rosenrote Optimismus Parker Gilberts über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands steht dazu durchaus nicht im Widerspruch. Natürlich wollen die Alliierten so viel es geht — d. h. soviel Amerika erlaubt — aus Deutschland herausquetschen, aber sie wollen ebenso sehr an Stelle der jährlichen Abschlagszahlungen eine einmalige Milliardensumme setzen. Frankreich und Belgien machen gar keinen Hehl daraus, daß sie für eine gar nicht so ferne Zukunft eine gänzliche Verweigerung der Reparationszahlungen durch Deutschland befürchten, so fern diese Zahlungen, wie es jetzt der Fall ist, als eine politische Schuld bestehen bleiben. Bezahlt Deutschland aber mit einem Male eine Pauschalsumme in langfristigen Bonds und werden diese Bonds dann an Privatleute in verschiedenen Ländern verkauft, so haben die alliierten Regierungen den Erlös jetzt in der Tasche und brauchen sich nicht mehr darum zu sorgen, was Deutschland später tun könne. Zudem wäre Deutschlands Verpflichtung gegen private, individuelle Gläubiger viel schwerer abzustreifen als die Kollektivverpflichtung gegen die alliierte Hehler- und Stehler-Genossenschaft. Wer soll diese Bonds kaufen? Amerika! Und die amerikanischen Käufer will Gilbert beruhigen, wenn er die Zahlungsfähigkeit Deutschlands so herausstreicht. Und die Vertreter der amerikanischen Hochfinanz, Morgan und Young, wie werden ihre Augen funkeln bei dem Gedanken, auf das amerikanische Publikum so und so viele Milliarden deutscher Bonds zu einem Kurse von 100 oder 98 abzulassen, von dem sie nur 88 oder 90 abzuführen haben, während sie unter Aechzen und Stöhnen die kümmerliche Provision von 10 Punkten zusammenraffen!

Was aber könnte Deutschland bewegen, auf den Gedanken der Kapitalisierung einzugehen? Die Aussicht, die Finanzaufsicht los zu werden, dazu politische und militärische Beschränkungen, wie sie unter dem Schanddokument von Versailles bis 1935 laufen, die Rheinlande wieder für sich zu haben, frei von Tommies und Poilus und Wallonen, die heute am deutschesten aller Ströme die Gegend verschandeln, endlich das Saargebiet einzuhandeln, wozu die Franzosen gegen entsprechende blanke Dukaten bereit wären. Denn daß die Saarbevölkerung jemals eine Abstimmung zugunsten des Anschlusses an Frankreich vornehmen werde, wie es im Versailler Vertrag ausgeknobelt ist, glaubt heute selbst ein Clemenceau nicht mehr. Wir amerikanischen Bürger deutschen Blutes sehen der Reparationskonferenz mit Bangen entgegen. Wir wünschen euch deutschen Brüdern die endliche und völlige Befreiung von drückenden schmachvollen Abhängigkeiten und die Säuberung eures deutschen Heimatbodens von fremder Soldateska; aber es gibt uns einen wehen Stich ins Herz, die alte Heimat von neuem Erpressungskünsten bedroht zu sehen, die Deutschlands wirtschaftliche Zukunft nicht minder auf Generationen hinaus lähmen müssen, wie es bei dem gegenwärtigen Reparationstribut der Fall ist."

Deutschland.

Ulm, 16. April. Die hiesigen Kommunisten marschierten am Sonntag vom Drei-Linden-Saal aus zum Bahnhof, um ihren Parteigenossen Max Hölz abzuholen, der von Ludwigsburg kommend auch hier sprechen wollte. Am Münsterplatz wurde der Zug durch Dazwischentreten der Polizei aufgelöst, da zur Zeit des Gottesdienstes nach den Ortspolizeibestimmungen Umzüge gleich welcher Art verboten sind. Auch der Rückmarsch zum Lokal mit dem inzwischen eingetroffenen Hölz und dem Reichstagsabgeordneten Vogt in der Mitte, der unter Vorantritt des Trommlerkorps stattfand, wurde bis nach 11 Uhr gesperrt und dann durch die Olgastraße-Frauenstraße umgeleitet. Die Versammlung selbst nahm einen ruhigen Verlauf.

Seltsame Verfassungshüter.

Stuttgart, 16. April. Unter dieser Ueberschrift schreibt das „Deutsche Volksblatt" zu der demokratischen Absicht, im Landtag einen Vertrauensantrag einzubringen, um dann selbst dagegen zu stimmen: Die Parteien der Linken werden es nicht verhindern können, daß ihr unsauberes parlamentarisches Spiel gehörig angeprangert wird. Sie stellen den Vertrauensantrag nicht, um die angeblich bedrohte Verfassung zu retten, sondern lediglich um die ihnen unbequeme Regierung zu beseitigen und selber zur Macht zu kommen. Wäre die Sorge um die Verfassung ausschlaggebend, dann hätten z. B. die Demokraten sich auch in den Jahren 1920 bis 1924 nicht an der Minderheitsregierung aus Zentrum und Demokraten beteiligen dürfen. Auch jene Regierung vermied es peinlich vom Landtag ein positives Vertrauensvotum zu fordern, weil damals die Sozialdemokratie zwar bereit war, die Regierung nicht durch Unterstützung eines Mißtrauensantrags der Rechten fallen zu lassen, aber doch nicht für eine Zustimmung zu einem positiven Vertrauensvotum zu haben war. Damals hatten die demokratischen Rechtsgelehrten nicht jene Verfassungs- und Magenbeschwerden, von denen sie heute — natürlich aus reiner Sorge um die württembergische Verfassung — befallen werden. Die Regierung und die Regierungsparteien können in Ruhe diesen Mummenschanz abwarten. Im Volke draußen weiß man, daß die seltsamen Verfassungshüter ihre ganze Aktion nur zu dem Zwecke unternehmen, um selbst zur Macht zu gelangen. — Die „Süddeutsche Zeitung" spricht von einer demokratischen Wichtigmacherei und schreibt: Die Demokraten mögen ruhig einmal das Mäthchen ihres fingierten Vertrauensantrages versuchen. Es wird sich dann auch erweisen, ob die bürgerlichen Mitglieder der heutigen Opposition samt und sonders gewillt sind, die Verantwortung eines etwaigen Sturzes der Regierung auf sich zu nehmen, obwohl sie ganz genau wissen, daß sie eine andere gar nicht an deren Stelle zu setzen vermögen.

Ungünstige Aussichten in der Kapitalabfindung für Kriegsbeschädigte.

Stuttgart, 16. April. Das Hauptversorgungsamt teilt mit, daß für die Zwecke der Kapitalabfindung zur Verfügung gestellte Geldmittel auch in diesem Jahr äußerst knapp sind. Von den bereits genehmigten Anträgen können nur die allerdringlichsten Fälle und nur nach eingehender Prüfung berücksichtigt werden. Die Aussichten für Neuanträge sind zurzeit unter diesen Umständen ungünstig, wenn nicht als aussichtslos anzusehen. Es muß daher davor gewarnt werden, Käufe abzuschließen, in dem guten Glauben dieselben mittelst Kapitalabfindung bezahlen zu können, auch nicht auf bereits genehmigte Anträge hin, sondern abzuwarten, bis die genehmigte Kapitalabfindung zur Anweisung gelangt ist.

Politisch Lied, ein garstig Lied.

Während einer in Rothenburg o. T. abgehaltenen öffentlichen Versammlung der sozialdemokratischen Partei, an der auch Nationalsozialisten teilnahmen, kam es zu schweren Auseinandersetzungen. Die Gegner bewarfen sich mit Biergläsern und entwickelten mit ausgerissenen Stuhlbeinen eine regelrechte Keilerei. Im Verlauf weniger Minuten gab es eine Anzahl mehr oder weniger schwer Verletzter, zum größten Teil auf Seiten der Sozialdemokraten. Schutzmannschaft und Gendarmerie räumten den Saal. Einige Personen wurden verhaftet.

Kommunistische Drohungen zum 1. Mai.

Berlin, 16. April. Die Kommunisten erklären zu ihrem Teil die sozialdemokratischen Maifeiern für „völlig unzureichend". Eine sogenannte Funktionärversammlung nach der anderen beschließt, am 1. Mai sich mit den Demonstrationen in geschlossenen Sälen nicht zu begnügen, sondern auf die Straße zu ziehen. „Wagt es Jörgiebel," so liest man heute in der „Roten Fahne", „am 1. Mai ein Blutvergießen zu provozieren, so wird das Berliner Proletariat mit dem Generalstreik am 2. Mai antworten."

Ausland.

Paris, 16. April. An der französischen Mittelmeerküste werden große Manöver veranstaltet, bei denen See- und Luftstreitkräfte mit dem Heere zusammenwirken werden.

Polnisch-litauischer Grenzzwischenfall.

Kowno, 15. April. Eine folgenschwere Grenzaffäre hat sich gestern in dem an der polnischen Grenze gelegenen Dorfe Keteri zugetragen. Von unbekannten Tätern wurden im Hause des Chefs der Grenzkommission, Zilioni, zwei Bomben zur Explosion gebracht, wobei der ganze Wohnung zerstört wurde. Zilioni wurde durch Splitter lebensgefährlich verletzt; kurz nach der Einlieferung ins Kreiskrankenhaus erlag er seinen schweren Verletzungen. Den Tätern gelang es trotz des von litauischer Seite sofort eröffneten Feuergefechts auf die polnische Seite zu entkommen. Die zuständigen Stellen haben den Eindruck, daß die litauischen politischen Emigranten bei dem Attentat ihre Hände im Spiele gehabt haben.

Englands Aufschwung.

Im englischen Unterhaus brachte am Montag nachmittag Schatzkanzler Churchill sein fünftes Budget ein. Churchill führte aus: Die ungeheure industrielle Katastrophe von 1926 (Generalstreik und Streik der Grubenarbeiter) hat dem Schatzamt einen Verlust von mindestens 18 Millionen Pfund Sterling zugefügt. Dennoch haben sich die Verhältnisse beträchtlich besser entwickelt, als ihn gehofft hatte. Trotz des Schadens, der durch die Torheiten von 1926 verursacht wurde, haben wir einen erheblichen und soliden Ueberschuß erzielt. Die materielle Wohlfahrt Englands ist weiterhin stetig fortgeschritten, gleichviel, ob sie nach der Lage der Finanzen, nach dem Umfange des Handels, nach den Ersparnissen oder nach der Verbrauchsfähigkeit der Bevölkerung beurteilt wird. Die Kosten der Lebensführung haben sich mindestens um 18 Punkte vermindert und die Löhne stehen beinahe auf dem gleichen Stand wie 1924. Der Verbrauch von Tee und Zucker hat sich je Kopf gegenüber der Vorkriegszeit von 6,55 Pfund bezw. 81 Pfund auf 9,15 bezw. 90 Pfund erhöht. Die Gewinne betrugen 140 Millionen, verglichen mit 80 Millionen im Jahre 1924. Es wurden 500 Millionen mehr Briefe geschrieben und 700 000 Motorräder mehr verwendet als im Jahre 1924. Wie auch die Lage bestimmter Industrien oder bestimmter Gebiete ist, ohne Zweifel herrsche im allgemeinen mehr Wohlstand als vor 5 Jahren. Allerdings sind unsere Fortschritte während dieser Zeit von den Vereinigten Staaten verhältnismäßig überholt worden, die im Kriege große Vorteile gewonnen und seither immer weitere Fortschritte gemacht haben.

Der Anschlag auf Lord Irwin.

Ueber das Attentat auf den Vizekönig von Indien und seine Gattin wird aus Delhi über London gemeldet: Als der Zug Saharanpur verlassen hatte, bemerkte der Lokomotivführer plötzlich, daß eine hölzerne Brücke, über die der Zug fahren sollte, in Flammen stand. Es gelang ihm, den Sonderzug rechtzeitig zum Stehen zu bringen. Auch auf dem Bahnkörper selbst war Feuer angelegt worden. Sechzehn hölzerne Schwellen waren bereits verbrannt. Die unbekannten Täter hatten auch die Telegraphenleitungen in der Nähe zerstört.

Fremdenhetze in China.

London, 16. April. Nach Meldungen aus China ist im Innern des Landes zwischen Hankau und Nanking, nachdem die Kämpfe der regulären Truppen abgeschlossen sind, aufs neue eine fremdenfeindliche Bewegung entstanden. Chinesische Truppen haben auf ein englisches Kanonenboot gefeuert, wobei 3 Personen leicht verletzt wurden. Ein amerikanischer Journalist und mehrere Angestellte der Standard Oil-Gesellschaft sind von chinesischen Banditen oder Soldaten überfallen und verletzt worden. Zwei Missionsstationen wurden gleichfalls überfallen und ausgeplündert.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 17. April. Nach einer ziemlich kühlen Nacht haben wir heute einen Frühlingstag in des Wortes vollster Bedeutung; das Thermometer zeigt in der Sonne 31 Grad, ein Zeichen, daß die Sonnenstrahlen schon recht kräftige Wirkungen haben. Es scheint nun doch wirklich der schönern Jahreszeit zuzugehen.

(Wetterbericht.) Die Wetterlage wird immer noch von einer Depression beherrscht. Für Donnerstag und Freitag ist unbeständiges, zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Höfen a. Enz, 17. April. Den musikliebenden Kreisen des Enztales steht ein Ereignis ersten Ranges bevor: Am 5. Mai kommt das Wendling-Quartett nach Höfen. Wir danken dies den freundschaftlichen Beziehungen, welche Frau A. Commerell zu den Künstlern hat. Das Quartett wird zwischen den Abendzügen ein Konzert in der Kirche geben, auf das die Freunde wirklich hochstehender Musik heute schon aufmerksam gemacht seien. Es wird Werke von Reger, Dvorak und Schubert spielen. Wer dieses hervorragende Quartett kennt, der weiß, daß ein Kammermusikabend von denselben eine heilige Feierstunde ist. Und wer noch nie das Glück hatte, es zu hören, dem seien aus der großen Reihe ausgezeichneter Pressberichte aus der allerletzten Zeit nur zwei im Auszug wiedergegeben. Die „München-Augsburger Zeitung" schreibt: „... Geistig so durchdrungen und technisch so ausgebildet hört man Reger doch fast nur von dieser hervorragenden Vereinigung ..." Und die „Leipziger Abendpost" urteilt: „Wir haben es hier mit Vollblutmusikern zu tun, die aus den Tiefen eines starken Innenlebens schöpfen ..." Näheres über Programm und Kartenverkauf wird zeitig im Inseratenteil des „Enztäler" erscheinen.

Württemberg.

Stuttgart, 16. April. (Plötzlicher Tod.) Ein Stuttgarter Bürger wollte gestern nachmittag auf dem Städtischen Steueramt einen Steuerstundungsantrag stellen, wurde aber mit seinem Antrag abgewiesen. Es soll ihm u. a. auch, falls er nicht seinen Verpflichtungen nachkäme, Pfändung angedroht worden sein. Der Mann regte sich hierüber so sehr auf, daß er auf der Rathaustreppe von einem Herzschlag getroffen umsank. Der schnell herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod des Mannes feststellen.

Stuttgart, 16. April. (Raubüberfall.) Das Schwurgericht hat den 23 Jahre alten Autoschlosser Franz Hieble von Altusried (Bez.-Bez. Kempten) wegen versuchten schweren Raubes und gefährlicher Körperverletzung zu 3 Jahren und 3 Tagen Gefängnis verurteilt. Hieble hatte im Februar den Führer

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

einer Kraftdroschke, den 29 Jahre alten Leonhard Kraus, auf der Fahrt zwischen Böblingen und Vaihingen durch Schläge mit einem Zimmermannshammer auf den Kopf erheblich verletzt, war aber an den Unrechten gekommen, indem sich Kraus wehren, den Angreifer überwältigen und gefesselt zur Polizei bringen konnte.

Oberteuefeld, OA. Marbach, 15. April. (Selbstmord.) Der 35 Jahre alte Bauer Wilhelm Fricker von hier war am letzten Samstag vor den Untersuchungsrichter in Heilbronn geladen. Er hatte vorher eingestanden, im Januar dieses Jahres den Brand im Nebengebäude des „Ochsen" in Oberteuefeld verursacht zu haben. Anstatt aber der Vorladung Folge zu leisten, begab sich Fricker am Samstag auf den Forstkopf, von dem er nicht mehr zurückkehrte. Gestern wurde er tot aufgefunden. Er hatte seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht.

Waldmössingen, OA. Oberndorf, 16. April. (Ein Wüstling.) In welch sittlicher Weise die heutige Jugend gefährdet ist, zeigte sich am Freitag auf der Höhe zwischen Heiligenbronn und hier. Als vormittags ein hiesiges 16 Jahre altes Mädchen den Weg von Heiligenbronn hieher mit dem Fahrrad zurücklegte, drang plötzlich aus dem nahelegenden Wald ein junger Bursche, halbentkleidet, mit dem Hemd über das Gesicht auf das Mädchen zu. Angstergriffen fuhr das Mädchen so schnell als möglich davon.

Friedrichshafen, 16. April. (Andrang zu Zeppelinfahrten.) Durch die Fahrten des „Graf Zeppelin" nach Amerika und über den Orient ist das Interesse an den Vergnügungsreisen des deutschen Luftschiffes besonders stark gehoben worden. Zu der zweiten Mittelmeerfahrt, die um den 20. April herum beginnen werden soll, und die aller Wahrscheinlichkeit nach nach den Kanarischen Inseln führen wird, haben sich bereits 9 Passagiere bei der Buchungsstelle der Hamburg-Amerika-Linie einschreiben lassen. Unter diesen Fahrgästen befinden sich auch 2 Damen, von denen die eine bereits das 70. Lebensjahr überschritten hat. Die Fahrgäste verteilen sich im übrigen auf die Städte Hamburg, Berlin, Dresden, das Saargebiet und die Schweiz. Insgesamt können 12 zahlende Passagiere auf dieser Fahrt mitgenommen werden, die übrigen Plätze hält Dr. Eckener für seine eigenen Gäste frei. Auch für die erste Amerikafahrt sind bereits bei der Hapag Buchungen vorgenommen. Es haben sich zunächst 3 Passagiere vormerken lassen, darunter ein Spanier. Auch auf dieser Fahrt will der Luftschiffbau Zeppelin 12 zahlende Fahrgäste mitnehmen. Durch die vielen Anfragen, die bei der Hapag einlaufen, wird auch das Interesse an den Vergnügungsfahrten über Deutschland bekundet. Von diesen Flügen des Luftschiffes dürfte besonders die Reise nach Ostpreußen bevorzugt werden.

Baden.

Langensteinbach, 15. April. In einer der letzten Nächte wurde in der Wohnung des Sparkassenrechners Becker ein Einbruch verübt. Der Dieb drang durchs offene Fenster in die Küche, wo er Kleidertaschen durchwühlte. Der Einbrecher hatte es offenbar auf die Kassenschrankschlüssel der Sparkasse abgesehen.

Schwetzingen, 14. April. Der Bürgerausschuß beschäftigte sich u. a. mit der Verwendung des Wirtschaftsüberschusses in Höhe von 209 457 RM. vom Rechnungsjahr 1927. Dieser Ueberschuß ist dadurch entstanden, daß die Einnahmen gegenüber dem Voranschlag höher waren. Der Ueberschuß wird in der Hauptsache der Wirtschaftsrechnung von 1928 zugeführt und zur Bildung eines Straßenbaufonds verwendet.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Neuenbürg, 17. April. (Schweinemarkt.) Zugeführt waren 18 Läufer und 10 Milchschweine. Verkauft wurden Läufer zu 53—74 Mark das Stück, Milchschweine zu 20—22 Mark das Stück.

Stuttgart, 16. April. (Schlachtviehmarkt). Dem Dienstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 27 Ochsen (unverkauft 2), 41 (3) Bullen, 370 (40) Jungbullen, 400 (50) Jungrinder, 162 Kühe, 1113 Kälber, 2081 (150) Schweine, 3 Schafe. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen a 53—57 (letzter Markt: —), b 45—50 (—), Bullen a 47—49 (unv.), b 43—46 (43—45), c 40—42 (—), Jungrinder a 54—59 (54—58), b 47—52 (unv.), c 42—45 (—), Kühe a 39—46 (—), b 31—38 (—), c 21—29 (—), d 16—20 (—), Kälber b 84—87 (85—87), c 77—82 (81—83), d 64—74 (69—76), Schweine a fette über 300 Pfd. 80—81 (unv.), b vollfleischige von 240—300 Pfd. 79—81 (unv.), c von 200—240 Pfd. 77—79 (unv.), d von 160—200 Pfd. 74—76 (75—76), e fleischige von 120—160 Pfd. 71—73 (70—73), Sauen 58—68 (60—68) Mark. Marktverlauf: Großvieh mäßig belebt, Ueberstand, Kälber belebt, Schweine ruhig, Ueberstand.

Pforzheim, 15. April. (Schlachtviehmarkt.) Aufgetrieben waren 493 Tiere und zwar: 10 Ochsen, 16 Kühe, 50 Rinder, 14 Farren, 14 Kälber, 389 Schweine. Marktverlauf: Mäßig belebt. Ueberstand: 7 Stück Großvieh. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen a 53—55, b 47—51, Farren a 50, b und c 48—45, Kühe b und c 38—28, Rinder a 56—59, b 51—54, Schweine a 80, b und c 78, d 74—77, e und f —, g 70—72. Beste Tiere über Notiz.

Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 16. April. Nach dem bisherigen Verlauf der Beratungen des Haushaltausschusses des Reichstags über den Kompromiß der Sachverständigen der Parteien ist nun ein offener Weg gefunden, der es erfreulicherweise ermöglicht, die Einsparungen für die Luftfahrt herauszuwirtschaften, ohne daß der Zuschuß des Reichs für den Bau der Zeppelinhalle in Friedrichshafen einfach wegfiele.

Konstanz, 16. April. Im benachbarten Wolmatingen machte in der vergangenen Nacht ein älteres Ehepaar seinem Leben ein Ende. Ueber die Ursache ist nichts näheres bekannt. Man vermutet mißliche wirtschaftliche Verhältnisse.

Berlin, 16. April. Wie wir erfahren, ist der Herr Reichspräsident vollkommen wieder hergestellt und hat seine Amtsgeschäfte wieder übernommen.

Berlin, 16. April. Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung genehmigte in seiner heutigen Vormittagssitzung den Ankauf des Flughafengeländes in Staaken. Es bleibt also bei dem Verwendungszweck, der nach der Magistratsvorlage vorgesehen war. Danach soll der Flugplatz als der geeignetste deutsche Stützpunkt im kontinentalen Luftverkehr als Luftschiffhafen verwendet werden.

Berlin, 16. April. Der Verwaltungsausschuß des Lichterfelder Kreiskrankenhauses sowohl wie der Kreisausschuß des Kreises Teltow haben an die in der Presse erwähnten Vermittlungsaktionen der Berliner Ärztekammer sich in eingehenden Beratungen mit der Frage der Kündigung des früheren Leiters der Inneren Abteilung des Krankenhauses, Professor Dr. Rautenberg, und der Wahl seines Nachfolgers beschäftigt. Der Kreisausschuß hat nach dem einstimmigen Vorschlag des Verwaltungsrates eine Zurücknahme der Kündigung im Interesse des Krankenhauses für nicht angängig erklärt und die Stelle mit sofortiger Wirkung mit dem Herrn Professor Dr. med. Retzlaff in Berlin besetzt.

Berlin, 16. April. Der preußische Landtag hat das Gewerbesteuergesetz für die freien Berufe abgelehnt.

Wilhelmshaven, 17. April. Bei Antritt der Spanienreise stießen die beiden Torpedoboote „Möwe" und „Albatros" zusammen und erlitten leichte Beschädigungen, sodaß sie in den Hafen Wilhelmshaven zurückkehren mußten, um dort wieder instandgesetzt zu werden. Möwe ist am Heck, Albatros am Vorderschiff beschädigt, jedoch sind die Beschädigungen nicht schwerer Art, sodaß sie bald auf der hiesigen Werft wieder behoben werden können. Personen sind bei dem Zusammenstoß nicht verletzt worden. Voraussichtlich werden die Boote in absehbarer Zeit der Flotte folgen können.

Hamburg, 16. April. Heute morgen vier Uhr gelang es bei Hochwasser die bei dem großen Brand auf Grund gesetzte „Europa" zu heben und glücklich ins Dock zu bringen.

Friedenshütte, 16. April. Bei der Lohngelderauszahlung im Büro der Firma Stefan Fröhlich & Klüpfel auf der Friedensgrube in Friedenshütte erschien plötzlich der 23jährige, früher dort als Wagenstößer beschäftigte Niedzwice aus Schlesiengrube, der vor einiger Zeit entlassen worden war, und forderte mit der Drohung, daß er von der Schußwaffe Gebrauch machen würde, die Herausgabe des Lohngeldes das sich auf 600000 Zloty belief. Die eingeschüchterten Beamten händigten ihm das Geld aus, worauf Niedzwice sie im Büro einschloß und entfloh. Nach den bisherigen Ermittlungen ist es noch nicht gelungen, den Täter zu fassen.

Brüssel, 16. April. Der frühere Redakteur der Antwerpener „Schelde", Ward Hermans, der in die Angelegenheit des „Utrechter Tageblattes" verwickelt ist, und sich nach mehrwöchigem Aufenthalt in Holland dem belgischen Untersuchungsrichter zur Verfügung gestellt hat, ist heute nachmittag 1½ Stunde lang vernommen worden. Er lehnte die Beantwortung aller ihm gestellten Fragen ab und erklärte, nur in der öffentlichen Verhandlung sprechen zu wollen. Im Anschluß an seine Vernehmung durch den Untersuchungsrichter wurde Ward Hermans heute abend auf Grund eines gegen ihn erlassenen Haftbefehls festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert. Frank Heine wurde heute in den Justizpalast geführt und dort eine Stunde lang mit Hermans konfrontiert, der sich vollkommen in Schweigen hüllte. Heine wurde provisorisch auf freiem Fuß belassen.

Paris, 16. April. Dem „Newyork Herald" wird aus Hendaye gemeldet, daß ein 19jähriger Amerikaner und eine mit einem Spanier verheiratete gebürtige Amerikanerin beim Verlassen eines Kaffees in Granada verhaftet worden sind. Beide sollen sich über das Verhalten Primo de Riveras bei den Studentenunruhen abfällig geäußert haben. Die Verhafteten wurden nach Madrid gebracht. Die amerikanische Botschaft und das amerikanische Konsulat bemühen sich bei der spanischen Regierung um die Freilassung der Verhafteten.

Bukarest, 16. April. Im Auftrage der Regierung wurden in mehreren Städten die Büros der kommunistischen Gewerkschaften durch Anlegung von Siegeln geschlossen. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß diese Gewerkschaften sich von ihren rein beruflichen Aufgaben entfernten und eine umstürzlerische Tätigkeit ausübten.

Newyork, 16. April. Wie das City College bekannt gibt, müssen die Studenten vom nächsten Semester an eine ausreichende Kenntnis der deutschen Sprache nachweisen. Dies bedeutet die Wiedereinsetzung des Deutschen in seine Vorkriegsstellung.

Rechenschaftsbericht der württembergischen Regierung.

Der Staatspräsident in Abwehr und Angriff.

Stuttgart, 16. April. Zu Beginn der Etatsberatungen im Landtag ergriff Staatspräsident Dr. Bolz das Wort, um die Politik seiner Regierung im vergangenen Jahr zu rechtfertigen. Der Staatspräsident erklärte, daß die Regierung mit gutem Gewissen die Verantwortung übernommen habe. Die Unzufriedenheit über die Zusammensetzung der jetzigen Regierung hat in einem Teil der Presse zu den verschiedensten Angriffen geführt. Der Zusammentritt des Landtags ist mit einer sehr lauten Musik begleitet worden. Man las in der Presse von Fortwursteln, von Länderpartikularismus, Kulturreaktion, Mangel an Mut, Verfassungswidrigkeit. Die Regierung weicht diesen Vorwürfen nicht aus, sondern ist bereit, zu ihnen Stellung zu nehmen.

Was das Verhältnis des Landes zum Reich betrifft, so verwies der Staatspräsident auf seine Stellungnahme als Mitglied der Länderkonferenz. Sein Bemühen war, in der Frage überhaupt einen Fortschritt zu erzielen.

Was die Frage der Eisenbahnabfindung betrifft, so wird Württemberg kein Hinderungsgrund sein, wenn das Reich auf den Vertrags- oder Gesetzgebungsweg die Regelung hinausschieben will. Anders liegt für Württemberg die Frage der Postabfindung, für die nur Bayern und Württemberg in Frage kommen. Eine Nichterfüllung der Vertragspflichten durch das Reich bedeutet eine Benachteiligung einzelner Reichsteile. Hier bestehen wir auf unserem guten Recht. Leider war das Reich auch in den Zeiten, in denen es Geld in Fülle hatte, zu keinen Zugeständnissen bereit.

Man macht uns den Vorwurf, wir seien in Kulturfragen rückständig. Zur Begründung wird das 8. Schuljahr und die Lehrerbildungsfrage angezogen. In einer finanziell so ernsten Zeit war die Hinausschiebung der Einführung des 8. Schuljahrs verständlich. Wir haben nicht die Absicht, der Durchführung des 8. Schuljahrs weitere Schwierigkeiten entgegenzusetzen. Die ganze Frage wird im Zusammenhang mit dem kommenden Schulgesetz entschieden werden.

An die Frage der Lehrerbildung muß mit größter Vorsicht herangetreten werden. Diese sachlich sehr umstrittene Frage hat eine starke finanzielle Bedeutung. Im Kultministerium ist der Entwurf eines Schulgesetzes fertiggestellt. Es ist beabsichtigt, auch die Vollzugsverfügung hierzu auszuarbeiten und sie zusammen mit dem Schulgesetz und den Denkschriften über die Lehrerbildung, das Schulwesen im Dienst der Landwirtschaft, von Handel und Gewerbe dem Landtag vorzulegen. Das wird im Herbst der Fall sein.

Dies zeigt, daß wir nicht vor Entscheidungen von politisch bedeutsamen Fragen zurückschrecken, auch nicht auf anderen Gebieten: so namentlich auf dem Gebiet der Staatsvereinfachung. Die vom Staatsministerium eingesetzte Kommission hat eine Landesverwaltungsordnung fertiggestellt. Auch die Bearbeitung des materiellen öffentlichen Rechts ist von der Kommission bis auf kleine Teile fertiggestellt.

Im Innenministerium sind wir beschäftigt mit der Vorbereitung der Vollzugsverfügung zur Gemeindeordnung und mit der endgültigen Fertigstellung der Bezirksordnung. Im Justizministerium werden die Ausführungsgesetze zu den Reichsjustizgesetzen neu bearbeitet.

In der Frage der Bezirkseinteilung kann übertriebene Eile mehr schaden als nützen. Die Ersparnisse sind gering.

Eine der schwierigsten Fragen ist die Frage des unteren Finanzausgleichs, die Lastenverteilung zwischen Staat und Gemeinden. Bis jetzt haben wir keine Grundsätze, die voll befriedigen. Der neue Etat versucht durch höhere Staatszuwendungen den Amtskörperschaften und Staatsgemeinden zu helfen, und zwar um insgesamt 4 Millionen Mark. Davon sind 1,3 Mill. Mark Mehrleistungen des Staates auf dem Gebiet der Fürsorgelasten und 2,7 Millionen Mark Mehrzuwendungen auf dem Gebiet der Straßenbaulasten. Auf dem Gebiet der Schullasten sind wir nicht grundsätzlich abgeneigt, einer Verbesserung zu Gunsten der Gemeinden zuzustimmen. Wir haben im Etat aber nichts darin, weil wir einfach kein Geld haben. Eine andere Regierung kann ja auch nichts anderes machen.

In der Presse wurde weiter behauptet, die Regierung sei überhaupt nicht verfassungsmäßig, weil sie sich noch kein Vertrauensvotum beschafft habe. Diese Behauptung hält der Staatspräsident für falsch. Zwischen dem Inhalt der Reichs- und der Landesverfassung bestehe hier kein Unterschied. Ne

---

Entlarvt!

Roman von Otto Elster.

Copyright by Greiner & Co., Berlin NW 6.

(Nachdruck verboten.)

53. Fortsetzung.

„Nun, Herr von Prokowsky?" sprach die Gutsherrin mit kalter Stimme und trommelte leicht mit den Fingern auf die Platte des Schreibtisches.

Stanislaus hatte während der Rede des Inspektors Zeit gehabt, sich zu fassen. Nur die äußerste Kühnheit konnte ihn hier retten.

„Ich weiß nichts von diesem Wechsel," sagte er. „Ich habe ihn nie zu Gesicht bekommen."

„Niemals, Herr von Prokowsky?" fragte da eine scharfe Stimme, und Dr. Fischer erhob sich und trat aus dem Halbdunkel vor, in dem er bislang gesessen.

„Niemals, mein Herr . . ."

„Das ist seltsam," entgegnete Dr. Fischer spöttisch lächelnd. „Als ich heute hierher fuhr, sprach ich in Neuhof bei Herrn Born vor, der mir diesen Wechsel zum Einkassieren übergeben hat. Herr Born erzählte mir, daß Sie, Herr von Prokowsky, heute vormittag bei ihm gewesen seien, um diesen selben Wechsel einzulösen. Sie haben sogar gesagt, daß Sie im Auftrage von Frau Hambach kämen . . ."

Ein herzzerreißendes Schluchzen unterbrach seine Worte. Es kam von Frau von Prokowsky her, die ihr Gesicht laut weinend in die Kissen des Diwans verbarg.

„Beruhige dich, Julie," sagte die Gutsherrin. „Noch ist ja die Fälschung nicht festgestellt. — Herr von Prokowsky, haben Sie noch etwas zu erklären?"

Stanislaus schwieg trotzig.

„Es ist gut," fuhr die Gutsherrin fort. „Ich hoffe Sie niemals wiederzusehen. Ein Wagen wird Sie morgen früh zum ersten Zuge zur Bahn bringen . . ."

„Entschuldigen Sie, gnädige Frau," unterbrach sie Dr. Fischer, „das dürfte denn doch die Nachsicht zu weit getrieben sein. Ein Haftbefehl ist auf Grund des vorliegenden Verdachtes rasch zu erwirken."

„Welches Verdachtes?" fragte die Gutsherrin ruhig.

„Nun, des Verdachtes auf Wechselfälschung!"

„Liegt denn eine solche vor?"

„Aber gnädige Frau . . ."

„Ich erkenne die Unterschrift meines verstorbenen Gatten an, und hier" — dabei entnahm sie ihrem vor ihr liegenden Portefeuille einen Tausendmarkschein — „hier ist die Deckung."

Ein Schrei, und Julie von Prokowsky lag zu Füßen der Gutsherrin, ihre Knie umklammernd, keines Wortes mächtig und aufschluchzend ihr Gesicht in die Falten des Kleides ihrer Freundin verbergend.

„Stehe auf, Julie," sagte die Gutsherrin mit milder, ernster Stimme. „Wir haben beide schwer zu leiden durch die Enttäuschungen, die uns unsere Kinder bereiten."

„Wie soll ich dir das jemals danken . . ."

„Gnädige Frau, das ist unerhört," protestierte Dr. Fischer.

„Ich muß bitten, Herr Doktor — ich bin Herrin meiner Handlungen. Also nochmals — ich erkenne die Unterschrift meines Mannes an und honoriere sie — hier ist das Geld — damit gehört der Wechsel mir, nicht wahr?"

„Allerdings," antwortete Dr. Fischer mit einem bedauernden Achselzucken.

„Gut — so ist unser Geschäft erledigt." — Und die Gutsherrin zerriß den Wechsel in kleine Stücke.

Der Rechtsanwalt nahm den Tausendmarkschein und legte ihn in seine Brieftasche.

„Möge Ihnen Ihre Großmut nicht schlecht gelohnt werden, gnädige Frau," sagte er ernst. „Noch ist nicht aller Tage Abend . . ."

Damit verbeugte er sich und verließ das Zimmer.

„Gnädige Frau," wagte Stanislaus schüchtern und doch in kaum zu unterdrückendem Triumph zu flüstern, „wie soll ich Ihnen danken, daß Sie meine Ehre geschützt haben . . ."

Die Gutsherrin maß ihn mit einem großen, strengen Blick. Dann streckte sie die Hand nach der Tür aus und sagte scharf:

„Was ich getan, habe ich um Ihre arme Mutter getan — fort mit Ihnen!"

Stanislaus wagte kein Wort zu erwidern und schlich wie ein geprügelter Hund zur Tür hinaus.

„Laß mich ihm nachgehen, Adelheid," bat Julie.

„Nein, du bleibst, jetzt keine welche Sentimentalität — nur Strenge kann ihn bessern. Laß ihn heute nacht allein über sein Leben nachdenken — morgen früh magst du ihm Lebewohl sagen."

„Darf ich ihn nicht begleiten?" fragte Julie schüchtern.

„Nein, du bleibst hier. Wir werden ihn nicht aus dem Auge verlieren, er soll keine Not leiden, das verspreche ich dir, aber er soll arbeiten und beweisen, daß er ein anderer Mensch geworden ist. Dann mag ihm verziehen werden. Das kannst du ihm morgen früh sagen. Sie, Herr Inspektor, sorgen dafür, daß Herr von Prokowsky morgen mit dem ersten Zuge fortfährt."

„Sehr wohl, gnädige Frau — gestatten gnädige Frau einem alten Diener noch ein Wort . . ."

„Nun?"

„Ich bewundre Ihre Handlungsweise, aber ich fürchte, sie ist nutzlos . . ."

„Das wollen wir abwarten, alter Freund . . ."

Sie reichte ihm die Hand, die er ehrerbietig küßte. Dann entfernte er sich, mit sich selbst im Zweifel, ob er die edle Tat der Gutsherrin schelten oder bewundern sollte.

Seine Frau und seine Tochter fragten, was es denn im Herrenhause gegeben habe. Aber seiner Gewohnheit gemäß, über Geschäfte auch mit Frau und Tochter nicht zu sprechen, sagte er nur, daß Stanislaus seines Dienstes entlassen sei, weil er sich einige Ungehörigkeiten habe zuschulden kommen lassen.

Tina lächelte. Sie wußte es besser, das „große Rätsel" seines Lebens trieb ihn fort von Hambach, und sie, die er so heiß liebte, würde ihn begleiten . . .

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

ch im Reichstag davon ausgegangen worden, daß die Regierung ein positives Vertrauensvotum brauche. Das Vertrauen wurde immer stillschweigend vorausgesetzt, als nicht Tatsachen das Gegenteil bewiesen. Das Parlament muß den Willen zum Ausdruck bringen, daß die Regierung oder ein Minister zurücktreten sollen.

Es ist die Frage erörtert worden, ob die Opposition einen Vertrauensantrag stellen kann, den sie selbst dann ablehnt. Hiezu erklärte der Staatspräsident, daß im Juni v. J. die Nationalsozialisten im Reichstag es ebenso gemacht hätten. Der sozialdemokratische Reichstagspräsident Löbe habe damals ausgeführt, daß eine Unwahrhaftigkeit und eine offenbare Verhöhnung des Reichstags vorliege. Der Antrag wurde aber zugelassen, doch einigten sich alle Parteien darüber, einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung zu stellen und anzunehmen.

Es wird weiter behauptet, daß die Landesverfassung anders auszulegen sei als die Reichsverfassung. Dies ist falsch. Beide Verfassungen sind im gleichen Jahr entstanden, sind aus dem gleichen Geist geboren und haben fast vollkommen den gleichen Wortlaut. Die ganze Frage ist wichtig für die Fortbildung des ganzen parlamentarischen Systems. Bei einer anderen Auslegung würde sich bei uns in Deutschland bei den vielen Parteien das parlamentarische System absolut totlaufen. Die Zulassung von nicht ernstgemeinten Vertrauensanträgen ist unmöglich, nicht wegen der etwaigen Folgen für die württembergische Regierung, sondern mit Rücksicht auf die Fortentwicklung des parlamentarischen Lebens. Die Opposition möge sich dies sehr überlegen. Die Regierung sieht der Entscheidung des Landtags mit voller Ruhe entgegen.

Etatberatung im Landtag.

Stuttgart, 16. April. Vor stark besetzten Zuschauertribünen begann heute im Landtag die erste Beratung des Etats, nachdem Landtagspräsident Pflüger dem verstorbenen Abgeordneten Dr. Schermann einen überaus herzlich gehaltenen Nachruf gewidmet und auch des in Leutkirch verstorbenen früheren langjährigen Landtagsabgeordneten Brastinger gedacht und Ministerialrat Köstlin eine Reihe von Kleinen Anfragen beantwortet hatte. Zunächst sprach der Staatspräsident Dr. Bolz, über dessen Ausführungen wir an anderer Stelle berichten. Dann leitete Finanzminister Dr. Dehlinger die Etatberatung mit einer ausführlichen Etatrede ein, in der er betonte, daß dank der Abdrosselung der Ausgaben der Haushaltplan für 1929 mit einem Abmangel von 9,9 Millionen abgeschlossen werden konnte, während er sich nach den Anmeldungen der einzelnen Verwaltungen auf 31 Millionen belaufen hätte, daß trotzdem die Lasten der Gemeinden um 4 Millionen erleichtert wurden, daß aber jetzt keine weiteren Ersparungsmöglichkeiten mehr vorhanden seien. Dank früherer Ueberschüsse sei die finanzielle Lage des Staates im Verhältnis zum Reich und zu anderen Ländern günstig, denn der württembergische Staat habe weder dauernde noch schwebende Schulden. Bezüglich der Gestaltung der Einnahmen sei man im wesentlichen vom Reich abhängig, aber über die Vorgänge im Reich und ihre Auswirkungen auf die Finanzen des württembergischen Staates lasse sich leider nichts Gutes berichten. Württemberg habe gegen die Steuervereinheitlichung im Reiche gestimmt, weil sie in Württemberg die gesunde Ordnung der Finanzen in Staat und Gemeinden und das ganze wirtschaftliche Leben erschüttern würde. Der Minister machte dann insbesondere die Ansprüche Württembergs an das Reich für die Abtretung der Post geltend und erklärte, die württembergische Regierung lehne es ab, auf einen Vergleich einzugehen, der dem württembergischen Staatshaushalt an Zinsen nur einen geringen Bruchteil von dem zahlen wolle, was das Reich selbst aus dem Unternehmen ziehe. Erfreulich sei es, daß die Senkung der Staatssteuern von Grund, Gebäude und Gewerbe um 8 Millionen auch im neuen Etat durchgehalten werden konnte. Weiter wandte sich der Minister gegen die irrigen Ansichten bezüglich der Verteilung der Schullasten, die in Württemberg für die Gemeinden günstiger sei als in Preußen. Die höhere Belastung der Gemeinden rühre nicht vom Schullastengesetz her, sondern davon, daß die Lehrerbesoldungen seit 1924 von 25 Millionen auf 54 Millionen gestiegen seien. Das Bestreben gehe dahin, vor allem den Landgemeinden zu helfen, die sich in schwierigster Lage befinden, während die Finanzlage der großen Städte viel günstiger sei. Zum Schluß betonte der Minister, daß keine Aussicht bestehe, den Abmangel im Verlauf des Rechnungsjahres auszugleichen. Die Restmittel seien jetzt zu Ende. Wer weitere Ansprüche an den Staat stelle, habe auch die Verantwortung für eine Erhöhung der Steuern auf sich zu nehmen. Nach der Rede des Finanzministers wurde die Weiterberatung auf Mittwoch vormittag vertagt.

Um die Regierungserweiterung.

Stuttgart, 16. April. Heute vormittag verhandelten im Landtag Vertreter der Regierungsparteien (Deutschnationale und Zentrum) mit den übrigen Landtagsfraktionen, mit Ausnahme der Sozialdemokraten und Kommunisten, über die Frage der Erweiterung der Regierung mit dem Ziele der Bildung einer Koalition von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten. Am Nachmittag berieten die einzelnen Fraktionen unter sich. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Ein Antrag auf Auflösung des Landtags.

Stuttgart, 16. April. Die Kommunisten haben im Landtag folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, in Bälde, spätestens bis Ende Mai, einen Tag zur Neuwahl des Landtags zu bestimmen. Mit diesem Tage gilt der am 20 Mai v. J. gewählte Landtag als aufgelöst.

Die Geschäfte des Landtags.

Stuttgart, 16. April. Landtagspräsident Pflüger hat der Anregung des Staatspräsidenten Dr. Bolz, der Landtag möge bei den kommenden Beratungen sich auf die erste Lesung des Etats beschränken, dadurch Rechnung getragen, daß er die übrigen Beratungsgegenstände, so die zweite Beratung des Gesetzes über das Anerbenrecht, von der Tagesordnung abgesetzt hat. In dieser Woche findet also nur die Generaldebatte zum Etat, die morgen von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Keil eingeleitet und bis Samstag zu Ende geführt wird, statt. In der nächsten Woche beginnt dann der Finanzausschuß mit der Einzelberatung des Etats.

Rücktritt der thüringischen Regierung.

Weimar, 16. April. Die heutigen Verhandlungen der Regierungsparteien über den Staatshaushalt und die geplante Notumlage haben nicht zur Einigung geführt. Die Wirtschaftspartei schlug vor, den Etat durch Streichungen an den Ausgaben zu verbessern, lehnte aber die vorgeschlagene Mehrbelastung der Wirtschaft und des Mittelstands durch Erhöhung der Realsteuern einschließlich der Mietzinssteuer als zu hoch und unerträglich ab. Der Finanzminister erklärte darauf, daß er zurücktreten müsse, wenn die Erhöhung der Mietzinssteuer nicht zugestanden werde. Im Anschluß daran erklärte die Gesamtregierung ihren Rücktritt.

Weimar, 16. April. Nach der Rücktrittserklärung der thüringischen Regierung trat das Landtagspräsidium zu einer kurzen Beratung zusammen. Es wurde beschlossen, die Wirtschaftspartei zu beauftragen, einen Unterhändler für die Neubildung einer Regierung zu stellen. Außerdem soll der Aeltestenrat am 19. April zusammentreten, um je nach der Antwort der Wirtschaftspartei die Tagesordnung der nächsten Landtagssitzung dahin zu ändern, daß entweder die Neubildung der Regierung oder die Auflösung des Landtags beraten wird.

Festungshaft für einen kommunistischen Redakteur.

Leipzig, 16. April. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte in seiner heutigen Sitzung den Redakteur Otto Steinicke-Berlin auf Antrag des Vertreters der Reichsanwaltschaft wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit einem Vergehen gegen § 7 Ziffer 4 des Republikschutzgesetzes (Begünstigung einer staatsfeindlichen Verbindung) zu 9 Monaten und 100 Mark Geldstrafe. Steinicke hatte in Nummer 177 der „Roten Fahne" vom 29. Juli 1928 als verantwortlicher Schriftleiter einen vom Zentralkomitee der K.P.D. herrührenden Artikel veröffentlicht, der sich gegen einen neuen 4. August wandte und zum Schluß zur Vorbereitung eines 7. November auch in Deutschland aufforderte. Der gleiche Artikel hatte auch schon in dem Verfahren gegen den Schriftleiter des „Kämpfer" in Chemnitz, Hauschild, eine Rolle gespielt und wird noch in weiteren Verfahren gegen Schriftleiter kommunistischer Zeitungen zur Verhandlung kommen.

Die Schweiz verweigert den sowjetrussischen Handelsdelegierten die Aufenthaltsverlängerung.

Bern, 16. April. Wie die schweizerische Depeschenagentur erfährt, ist das Gesuch des sowjetrussischen Staatsangehörigen David Keßler von der Handelsabteilung der sowjetrussischen Botschaft in Paris, der sich zwecks Anknüpfung von Handelsbeziehungen vorübergehend in der Schweiz aufhält, um Verlängerung seines Aufenthalts in der Schweiz von den Bundesbehörden abgewiesen worden, weil der Gesuchsteller sich geweigert hat, die von ihm verlangte schriftliche Zusicherung abzugeben, sich während des beabsichtigten Aufenthalts in der Schweiz jeder politischen Tätigkeit zu enthalten.

Ein verblüffender Abrüstungsvorschlag.

Genf, 16. April. Heute nachmittag hat auch die türkische Delegation ihre Vorschläge zur allgemeinen Rüstungsbeschränkung veröffentlicht. Der Vorschlag stellt den Grundsatz auf, daß alle Staaten gleich große Rüstungen haben sollen. Es wird daneben eine Maximalgrenze für Rüstungen festgelegt. Die Truppenverbände, die über diese Maximalgrenze für Rüstungen hinausgehen, sollen als aggressive Kräfte, die nicht allein zur Verteidigung bestimmt sind, abgerüstet werden. Die Maximaltruppenstärke soll so hoch festgesetzt werden, wie sie notwendig ist, um einen plötzlichen Angriff abzuwehren. Diejenigen Staaten, deren Truppen noch unter dieser Maximalgrenze liegen, sollen trotzdem nicht das Recht haben, aufzurüsten, denn der türkische Vorschlag soll auf jeden Fall nirgends die Aufrüstung fördern. Der Vorschlag weist darauf hin, daß man schon Erfahrungen in der Festsetzung der Maximaltruppenstärke für Verteidigungszwecke habe. Dieser Hinweis bezieht sich auf die Festlegung der Truppenzahl des deutschen Heeres. Nach Anfrage bei maßgebenden Stellen über den Wert dieser türkischen Vorschläge kann mitgeteilt werden, daß der Vorschlag absolut nicht als utopisch bezeichnet werden darf, sondern trotz seiner verblüffenden Einfachheit einer ernsten Prüfung wert ist. Es ist natürlich eine Frage der hiesigen Regie, ob dieser Vorschlag würdig behandelt wird, noch auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Tagung gesetzt zu werden. Man kann nach dem heutigen Ausgang der Sitzung annehmen, daß die Franzosen nichts unversucht lassen werden, um die Kommission möglichst 3 Wochen lang mit denjenigen Vorschlägen zu beschäftigen, die die Franzosen und damit die Kommission in ihrer Mehrheit abzulehnen wünschen. Auf diese Weise soll vermieden werden, daß die Kommission zu einer wirklichen zweiten Lesung des Völkerbunds-Abrüstungs-Entwurfs kommt, wie es Bernstorff verlangt. Vor allem wollen die Franzosen vermeiden, über die Frage der militärisch ausgebildeten Reserven und des Reservekriegsmaterials jetzt eine Diskussion zu eröffnen. Ueber die Frage der Seeabrüstung liegen zur Zeit neue Informationen nicht vor. Es heißt, daß der gestern abend gemeldete Eventualvorschlag der amerikanischen Delegation vielleicht im Plenum der Abrüstungskommission selbst vorgebracht werden soll.

Ein Gegenvorschlag Dr. Schachts.

Paris, 16. April. Zwei Vollsitzungen von je dreistündiger Dauer beweisen, daß die Sachverständigenkonferenz heute einen wichtigen Tag hatte. Das Ergebnis der langen Beratungen, in denen die Frage der deutschen Leistungsfähigkeit von den Delegierten einer sehr eingehenden Prüfung unterzogen wurde, ist folgendes: **Die deutsche Gruppe wird morgen nachmittag dem Vorsitzenden der Konferenz, Owen Young, ein Memorandum überreichen, in dem zum erstenmal die deutschen Reparationsmöglichkeiten zahlenmäßig ausgesprochen und der Annuitätentabelle der 4 Gläubiger die für Deutschland tragbaren Jahresleistungen gegenübergestellt werden sollen. Der Wohlstandsindex wird in dem deutschen Memorandum keine Berücksichtigung finden.** Die Abfassung eines deutschen Memorandums, das wahrscheinlich den Namen eines „wertvollen Beitrages zur Lösung der Reparationsfrage" erhalten wird, ließ sich deshalb voraussehen, weil die Gläubigergruppen ihre Verhandlungsbereitschaft kund getan hatten. Welche Aussichten die deutsche Stellungnahme der weiteren Entwicklung der Konferenz eröffnet, ist für den Augenblick nicht zu sagen. Die Meinungen gehen darüber begreiflicherweise stark auseinander. **Richtig ist, daß unsere Zahlen sehr weit von denen der vier Gläubiger entfernt sein werden.** Eine breite Kluft wird klar und deutlich erkennbar sein. Wie sich die Parteien näher kommen können, läßt sich unter den gegenwärtigen Umständen nicht einmal vermuten. Es liegt bloß die Möglichkeit vor, daß die Sachverständigen Japans und der Vereinigten Staaten eine Vermittlung ins Auge fassen werden. Etwas optimistisch angehauchte Konferenzkenner vertreten die Ansicht, daß die deutsche Gruppe mit dieser Initiative der japanischen und amerikanischen Sachverständigen rechnete, sonst hätte sie sich zu der Abfassung des Memorandums nicht entschlossen. Der Horizont bleibt dagegen nach der Anschauung deutscher Persönlichkeiten noch stark umdüstert. **Sollte es richtig sein, daß jetzt die Regierungen der 4 Gläubigerstaaten ihren Sachverständigen ein Halt geboten haben und jede Verrückung der Zahlengrenze nach unter hin für unvereinbar mit den reparationspolitischen Interessen der Alliierten erklären, dann besteht freilich keine Hoffnung mehr auf einen günstigen Ausgang der Konferenz. Man spricht daher auch von einer in Vorbereitung befindlichen Liquidierung der bisher geleisteten Sachverständigenarbeiten und bezeichnet das für morgen angekündigte deutsche Memorandum als einen Bestandteil dieser rein geschäftsmäßigen Abwicklung der kurz vor ihrem Fiasko stehenden Konferenz. Pessimisten meinen, daß es sich für die Sachverständigen nur noch um die Fertigstellung des zur Veröffentlichung gelangenden Materials handele, aus dem die Weltöffentlichkeit nachträglich die Erkenntnis schöpfen könnte, aus welchen Gründen die Reparationskonferenz die ihr gestellten Aufgaben nicht zu lösen imstande war.**

Zuviel des Lobes!

Newyork, 16. April. Das Ingenieurbüro der Kriegsmarine in Washington erklärte in seinem jüngsten Bulletin, daß der deutsche Panzerkreuzer eine Umwälzung im Kriegsschiffbau darstelle, die geeignet sei, die internationalen Verträge über Abrüstungsbeschränkungen über den Haufen zu werfen beziehungsweise ihre Revision herbeizuführen. Der Panzerkreuzer stelle alles in den Schatten, was die Vereinigten Staaten bislang an großen Kreuzern gebaut hätten oder projektierten. Die Vollendung des Schiffes sei ein epochemachendes Ereignis in der Kriegsschiffkonstruktion. — Zuviel der Komplimente! muß man dazu sagen. Und auch zuviel der Schlußfolgerungen! Der Panzerkreuzer A ist uns durch den Versailler Vertrag als Linienschiff von 10 000 Tonnen aufoktroiert worden. Die deutschen Konstrukteure haben zweifellos versucht, daraus zu machen, was in dem gegebenen Rahmen zu machen war. Aber ein Zehntausend-Tonnen-Schiff ist weder ein Schlachtschiff noch ein Schlachtkreuzer, wie die U.S.A. und England sie flottenweise besitzen. Im Rahmen der Weltkriegsflotte spielt er überhaupt keine Rolle. Die amerikanische Neigung zu Superlativen scheint bei der Beurteilung des deutschen Kriegsschiffstyps eine große Rolle zu spielen.

Um die Besatzungskosten.

Washington, 16. April. Wie erst jetzt bekannt wird, haben Präsident Hoover, Staatssekretär Stimson und Schatzsekretär Mellon bei ihrer Konferenz am vergangenen Samstag über einen Vorschlag der alliierten Sachverständigen verhandelt, nach welchem die alliierten Mächte im Interesse der Lösung der Reparations- und Schuldenfrage auf die weitere Eintreibung der Besatzungskosten von Deutschland verzichten wollen, wenn auch die Vereinigten Staaten auf die ihnen von Deutschland zustehenden Besatzungskosten verzichten würden. Dieser Vorschlag der in Paris versammelten alliierten Sachverständigen ist Hoover durch Owen Young mitgeteilt worden. Man macht auf offizieller Seite keinen Hehl daraus, daß die Antwort der amerikanischen Regierung auf diesen Vorschlag nur ein betontes Nein sein könne, wenn auch offiziell jede Erklärung darüber abgelehnt wird, ob Amerika den alliierten Sachverständigen in Paris bereits eine Antwort erteilt hat. In diesem Zusammenhang wird von offizieller Seite nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß England und Frankreich bereits 80 Prozent ihrer Besatzungskosten erhalten hätten, während die Vereinigten Staaten bis heute noch nicht 20 Prozent erhalten hätten.

Der Direktor des amerikanischen Außenhandelsbüros zur deutschen Wirtschaftslage.

Newyork, 16. April. Im „Herald Tribune" führt Dr. Julius Klein, Direktor des Außenhandelsbüros des Handelsamts, der aus Europa zurückgekehrt ist, aus, die Lage der deutschen Wirtschaft sei, wie dies bereits von den deutschen Vertretern in Paris ausgeführt worden sei, durchaus nicht günstig. England und Frankreich befanden sich in einer weit vorteilhafteren Lage, um die Industrie wieder aufzurichten, da beide Länder Kolonialbesitz hätten, dessen Kaufkraft sie mit äußersten Anstrengungen entwickelten. Deutschland dagegen leide unter der Streikbewegung, während es ohnehin bereits 2 Millionen Arbeitslose habe. Deutschlands Hoffnungen auf den russischen Markt seien gleichfalls beeinträchtigt, da England und Frankreich als Konkurrenten auftreten.

Aufklärung des Rosenheimer Mordes. Der Münchener Mordkommission ist es bereits gelungen, den Mord an der 28jährigen, ledigen Arbeiterin Therese Geltermeier in Rosenheim aufzuklären, und den Mörder festzunehmen. Es ist dies der 30 Jahre alte Arbeiter Josef Bachmann, der mit der Geltermeier ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, das nicht ohne Folgen geblieben war. Wegen der Alimentationsforderungen der Geltermeier entstanden Zwistigkeiten. Es kam zu tätlichen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Bachmann die Geltermeier erdrosselte und die Leiche im Kehricht vergrub. Nach anfänglichem Leugnen hat Bachmann ein volles Geständnis abgelegt. Im Zusammenhang mit dieser Mordtat wurde der Arbeiter Kienzl verhaftet, weil gegen ihn Verdacht des Meineids vorliegt. In dem Vaterschaftsprozeß der Geltermeier hatte er wahrheitswidrig gegen diese ausgesagt und ist jedenfalls von Bachmann dafür mit einer Entschädigung von 50 Mark entlohnt worden.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Am **Montag den 22. April d. J., und folgenden Tag** findet auf dem hiesigen Rathaus, Zimmer Nr. 5, die

Fortführungstagfahrt

durch die Bezirksgeometerstelle Calw statt. Etwaige Anstände in Vermessungs- und Vermarkungssachen können hiebei vorgebracht werden.

Ratschreiber Schäfer.

Gewerbebank Neuenbürg

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Wir beehren uns, die Mitglieder unserer Bank zu der am

Samstag den 20. April 1929,
abends 8 Uhr,

im Gasthaus zur **„Eintracht"** stattfindenden

ordentlichen General-Versammlung

einzuladen.

Gegenstände der Verhandlung sind:

1. Bericht, Rechnungsvorlage sowie Genehmigung der Geschäftsbilanz.
2. Bekanntgabe des Berichts über die am 25. und 26. März 1929 durch Herrn Verbandsrevisor Neunerdt vorgenommene gesetzliche Revision.
3. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinns, sowie über die dem Vorstand und Aufsichtsrat zu erteilende Entlastung.
4. Aufsichtsratswahl.
5. Entgegennahme etwaiger Wünsche und Anträge.

Die Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung liegt ab heute im Geschäftslokal zur Einsicht der Mitglieder auf.

Neuenbürg, den 12. April 1929.

Der Vorstand:
Mart. Lutz. A. Rothenberger. J. Trostel.

Herrenalb-Gaistal.
Suche zum 1. Mai ein

Mädchen

für Zimmer und Servieren.
Daselbst kann auch ein **Mädchen das Kochen erlernen.**

Wilh. Waidner.

Mädchen,

16 Jahre alt, mit guter Schulbildung, auch ein Jahr Frauenarbeitsschule, **sucht Stelle** in kleinem Haushalt (auch Saisonstelle). Näheres durch die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

JUBILÄUMS-VERKAUF!

AUSSERGEWÖHNLICH BILLIGE PREISE!

1889 40 JAHRE 1929

WRONKER

PFORZHEIM

Sämtliche Waren in allen Abteilungen

unseres Hauses, mit Ausnahme weniger Netto- und Markenartikel, haben wir als Zeichen unseres Dankes für die treue Anhänglichkeit sowie um unserer Kundschaft etwas Besonderes zu bieten, **während des Jubiläums-Verkaufes**

im Preise ermässigt!

GARDINEN

Landhausgardinen Tüll od. Etamine Mtr. 1.95. 1.50. 98.	48 ₰
Spannstoffe in vielen neuen Must. Mtr. 2.10. 1.35.	98 ₰
Gittertüll weiß oder grab. 150 cm br. Meter 3.45. 2.85. 2.25.	1.95
Gardinen-Mull glatt od. gemust. Mtr. 1.45. 1.20. 98.	85 ₰
Küchengardinen Tüll, Etamine u. Congreß . . . . Mtr. 1.25, 98. 45.	28 ₰
Madras 130 cm, hellgrundig, moderne Must. . . . . Mtr. 3.90, 2.90,	1.45
Rollo-Cöper weiß, creme, gold. — 80: 98; 100: 1.30; 130: 1.75; 160: 2.55	
Bauernleinen in versch. Breit. Mtr. 1.95, 1.60, 1.35.	85 ₰
Schwedenstreifen in allen gangbaren Breit. . . . Mtr. 2.25. 1.45,	1.35
Halbstores am Stück, für breite Fenst. in weiß u. grab 8.75. 6.50. 4.10.	3.60
Halbstores Etamine oder Tüll mit Einsatz . . . . 4.90. 3.50, 1.95.	85 ₰
Halbstores in eleganter Ausführung 16.50. 14.75. 12.50. 9.75.	5.90
Künstler-Garnitur Teil., Tüll od. Etamine 9.75. 6.90, 4.50.	2.95
Madras-Garnitur Teil., neue Muster 12.50, 9.40, 6.60, 4.75.	2.70
Madras-Dekoration 3teilig . . 19.70. 18.50. 15.75.	13.75
Kunstseiden-Dekoration 3teilig . . 26.75. 22.50. 19.75.	16.75
Brokat-Dekoration Kunstseide 3teilig . . 36.75. 32.50. 28.50.	24.75
Flammenrips-Dekoration 3teilig . . 38.50. 31.50. 26.75.	19.50
Voile-Dekoration 3teilig . . 32.—, 29.50. 19.75.	15.75
Gittertüll-Dekoration 3teilig . . 29.50. 26.50. 22.50.	18.75

TEPPICHE

	ca. 170/240	ca. 200/300	ca. 250/350
Bouclé-Teppiche	45.-	65.-	98.-
Tapestry-Teppiche	39.50	59.-	95.-
Velour-Teppiche	48.-	85.-	140.-
Axminster-Teppiche	61.-	92.-	137.-
Tournay-Teppiche	130.-	185.-	275.-

Verbindungsstücke 37.50, 24.50, 17.50,	12.50
Bettumrandungen 95.—, 89.—,	59.50
Bettvorlagen 6.90, 3.90, 2.25,	1.45
Diwandecken 29.50, 21.50, 14.50,	9.75
Jute-Läufer 3.25, 2.10, 1.95,	98 ₰
Bouclé-Läufer 6.90, 5.25, 4.50,	3.90
Tapestry-Läufer 6.90, 5.75,	4.90
Velour-Läufer 14.50, 11.75, 8.75,	6.90
Linoleum-Teppiche 29.50, 14.75,	9.75
Linoleum-Läufer 4.75, 3.75, 2.80,	1.95
China-Matten 6.75, 5.90, 3.75,	2.90
Cocos-Läufer 4.90, 3.50, 2.60,	1.95
Tischdecken 8.75, 7.50, 6.75,	3.90

Ein Riesenposten

Wachstuch-Reste bis zur Hälfte ermäßigt! **Linoleum-Reste**

BETTEN

Metallbettstellen 34.50. 29.50. 21.50.	18.50
Matratzen 3teil. prima Drell mit Wollfüllung. 45.50. 39.50. 34.50	29.50
Kinderbettstellen Metall od. Holz 29.50. 27.50. 22.50	16.75
Kinder-Matratzen aus besten Strapazierstoffen mit Seegrasfüllung 14.50. 12.50. 10.75.	8.50
Matratzenschoner gepolstert . . . . . 8.50. 7.75.	6.90
Federbetten mit bester Füllung 49.50. 42.50. 34.75.	24.75
Federkissen 18.50. 16.50. 12.75.	7.90
Bettfedern 4.90. 2.95. 1.75.	1.10
Steppdecken mit gutem Satin 29.50. 22.50. 17.50.	12.75
Steppdecken für Kinderwagen 6.90. 5.75. 3.90.	2.50

Chaiselongues in bester Verarbeitung, 78.—, 58.50, 46.50, **39.50**

Für Garten und Veranda

Korbsessel Weide, gebleicht . . 11.50. 8.75.	5.90
Korbsessel Peddig Ia., gebleicht 16.75. 14.50.	11.50
Korbsessel in eleg. Ausführung. 29.50. 24.50.	19.50
Tische in rund oder eckig . 11.50. 9.50.	7.75
Liegestühle mit Jute-Bezug. 8.75. 6.90. 5.75.	3.90
Liegestühle mit starkem Drell-Bezug evtl. mit Sonnendach 19.75. 14.75. 10.75. 7.90.	6.50
Gartenstühle in weiß oder farbig 11.50. 8.75.	5.90
Gartentische in rund oder eckig, weiß oder farbig 21.90. 19.75. 16.50.	12.50

Harmonika-Bett, verstellbar, „letzte Neuheit" . . Mk. **19.75**

Dobel, den 16. April 1929.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme, die wir bei dem schmerzlichen Verluste unseres lieben Entschlafenen

Wilhelm König

erfahren durften, sagen wir allen unseren herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Langenbrand, den 17. April 1929.

Todes-Anzeige.

Tieferschüttert machen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe, gute, treubesorgte Mutter, Groß- und Schwiegermutter

Frau **Marie Walz,** Witwe, geb. Kraft,

nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 60½ Jahren von uns genommen wurde.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Andreas Walz mit Frau und Kindern.
Heinrich Waidner mit Frau, geb. Walz, und Kind.
Marie Walz.

Beerdigung: Freitag nachm. 2½ Uhr.

Neue **Opel-** Preise!

Muster-Ausstellung!

Neuzeitliche Auto- und Motorrad-Garagen

zu konkurrenzlosen Preisen!

Keine teuren Garagen-Mieten mehr!

Ernst Kröner, Calmbach a. E.,

Telefon 248 Amt Wildbad.

Neuenbürg.
Einen größeren

Garten

mit Obstbäumen und Beerenanlagen zu verkaufen. Anfragen in der Enztäler-Geschäftsstelle.

Niebelsbach.

Ein **Pferd**, 12 Jahre alt, gut im Zug, zu verkaufen, ebenso ein

Läuferschwein.

Gottfried Roth.

Calmbach.

Wegen Entbehrlichkeit verkaufe ich verschiedene gut erhaltene

Most-Fässer.

Frau **Gottl. Seyfried Wtw.,** beim Bahnhof.

Postkarten, Kunst- und Blumen-Karten

in schöner Ausführung zu haben in der

C. Meeh'schen Buchhandlung

H. M. „Bären".

Birkenfeld.
Ein jüngerer

Knecht,

der auch mit Pferden umgehen kann, wird sofort angenommen bei

Wilh. Fix z. Löwen.

Eßt Fische!

Eingetroffen direkt von der See:

Kabliau

das Pfund im ganzen Fisch **28** Pfg.
im Ausschnitt **30** Pfg.

Kabliau-Filet

Pfund **50** Pfg.

Bücklinge.

Pfannkuch

Für den großen Frühjahrs-Hausputz

empfehle

sämtliche Bürstenwaren

für Haus und Küche

in bekannt guten Qualitäten zu allerbilligsten Preisen!

Spezialität: Bohnerbürsten

Eigenes Fabrikat!

Eigenes Fabrikat!

in allen Größen und Preislagen!

Reparaturen prompt und billig!

Bürstenfabrik Joh. Königer,

Pforzheim, Enzstraße 19, beim Palast-Kaffee, Tel. 1436.

4/16 Opel-Limousine,

Baujahr 26, wenig gebraucht, wegen Anschaffung eines stärkeren Wagens billig zu verkaufen.

Gefl. Angebote unter J. 2[illegible] an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Schallplatten

alte können für neue umgetauscht werden, bei

Musik-Hohnloser Pforzheim, Turnplatz, Weiherbergstr. 2.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw